

Es sei an dieser Stelle bemerkt, daß man Vollständigkeitshalber sowohl dem Artikel 116 des Grundgesetzes der BRD als auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 gebührende Aufmerksamkeit schenken sollte. Herr Abgeordneter Ullmann, ich danke Ihnen, daß Sie bereits vor mir dazu gesprochen haben.

Wir unterstützen auch die Forderung aus der Regierungserklärung nach einem globalen Verbot aller chemischen Waffen noch in diesem Jahr. Es ist nicht im Interesse unserer Tausenden Wähler, Geld auf Kosten von Menschenleben zu beschaffen. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß in Genf seit Jahren über das umfassende und vollständige Verbot aller chemischen Waffen Verhandlungen geführt werden und es ganz sicher als positives Zeichen in der demokratischen Erneuerung unseres Landes sowohl nach innen als auch nach außen gelten könnte, wenn diese endgültig und erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Fraktion der PDS schlägt daher der Regierung der DDR vor - sie ist noch da, ja? -, den zuständigen Vertreter unseres Landes auf der Genfer Abrüstungskonferenz zu beauftragen, erneut zu bekräftigen, daß sich die DDR gegen jegliche Vorbedingungen wendet, die den Abschluß einer entsprechenden weltweiten Konvention bisher verhinderten.

Eben weil der Gedanke für Frieden und Abrüstung uns allen doch sehr eigen ist bei den ganz brennenden aktuellen Fragen, die außerdem noch anstehen,

(Zuruf von der SPD: Sehr eigen!)

treten wir dafür ein, daß die bislang ebenfalls in Genf geführten dreiseitigen Konsultationen zwischen der DDR, der BRD, der CSFR über das Verbot und die Beseitigung chemischer Waffen in Mitteleuropa als unterstützenden Schritt auf dem Wege zu dieser weltweiten Konvention unbedingt fortzusetzen, ja zu forcieren sind.

Es sei daran erinnert, daß einseitig internationale Inspektionen vor Ort in der chemischen Industrie der DDR 1987 und auch 1988 erfolgten und wir schon der Meinung sind, daß dieses Prinzip aufrecht zu erhalten ist. Das kann insgesamt der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit in dieser oder ähnlich gelagerten Angelegenheit nur förderlich sein, geht es doch schließlich darum, keine erneute Gefahr von einem Deutschland für Europa ausgehen zu lassen und unseren Nachbarn Sicherheiten zu geben, aber auch anderen nichts in die Hand zu legen.

Wir differenzieren auch notwendigerweise zwischen den Inhalten von Beschlüssen der damaligen Regierung - wie zum Beispiel der gesetzlichen Regelung von 25. Juli 1987, der Verordnung über den Export von speziellen Chemikalien, die für friedliche Zwecke bestimmt sind, aber zugleich für die Herstellung chemischer Waffen genutzt werden können - und der praktischen Handhabung.

Die PDS-Fraktion schlägt der Volkskammer daher vor, die Bestimmungen der gesamten Verordnung daraufhin zu überprüfen, ob sie den heutigen Erfordernissen eines strikten Verbotsregimes allseitig gerecht werden, und sie gegebenenfalls zu überarbeiten. Im Falle eines begründeten Verdachts, daß tatsächliche Verstöße vorliegen, schlägt sie vor: 1. daß mit der Klärung dieses Sachverhalts und eventuell auftretender ähnlicher Fälle der Volkskammerausschuß für Abrüstung und Verteidigung unter Hinzuziehung von Experten beauftragt wird; 2. daß nach Vorlage eines Berichtes des Arbeitsausschusses eventuell notwendige Maßnahmen durch die Regierung zu veranlassen sind.

Ich komme allerdings - die fünf Minuten sind noch nicht um - nicht umhin, auch zu sagen, daß bei aller Brisanz der debattierten Inhalte dieser Aktuellen Stunde und so wichtig auch die Beantwortung der aufgeworfenen Frage ist, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nicht diese Frage so vordergründig bewegt, sondern mehr die Frage: Was wird aus meinem verdienten Geld?

(Heiterkeit und Unruhe - Zuruf von der SPD: Wir haben eine Aktuelle Stunde und keine allgemeine!)

Wie gut oder gar recht oder schlecht geht es mir nach der Währungsunion - oder sollte ich lieber Währungsmanipulation sagen?

(Lautstarker Widerspruch bei den Koalitionsparteien)

Das wäre doch ein Thema einer äußerst interessanten Aussprache in diesem Hohen Hause. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion der DSU der Abgeordnete Gottschall.

Dr. Gottschall (DSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte die Gelegenheit nutzen, um zu demonstrieren, daß man auch eine wesentliche Aussage machen kann und nicht die maximale Zeit in Anspruch nehmen muß.

(Vereinzelt Beifall)

Natürlich, im Namen der Fraktion der Deutschen Sozialen Union kann ich sagen: Wir sind gegen chemische Waffen, gegen den Einsatz von chemischen Waffen und damit auch gegen die Lieferung für die Zubereitung von chemischen Waffen, und nicht nur im Irak, - generell, überall: Ächtung der chemischen Waffen!

Hier wurde von Information geredet. Wir fordern eine sofortige Aufklärung, und wenn die Beweise da sind, dann können wir darüber verhandeln, welche Strafmaßnahmen wir in diesem Hause für die Verantwortlichen bestimmen. Darum bitte ich die Regierung, dieses umgehend zu prüfen und uns das Ergebnis dann hier vorzulegen.

(Beifall, insbesondere bei der DSU)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Für die Fraktion der CDU spricht jetzt der Abgeordnete von Essen.

Dr. von Essen (CDU/DA):

Werte Abgeordnete! Auch die Fraktion der CDU/DA ist der Meinung, daß diese Anfrage hier ihre Berechtigung hat, vorausgesetzt, daß das, was hier als Frage gestellt wurde, auch beweiskräftig ist. Ich danke denen, die sich mit dieser Problematik beschäftigt haben, zumal doch deutlich wird, wie problematisch es ist, wenn diktatorischen Regimen die Alleinherrschaft über solche Vernichtungswaffen übertragen wird. Es ist aber nicht nur Sache, daß wir uns in aller Schärfe gegen diese diktatorischen Regimes stellen; es ist genauso schlimm, wenn diktatorische Regimes der alten Führung der DDR solche Dinge an andere Länder abgeben.

Ich schlage aus diesem Grunde vor, daß diese Fragestellung dem Ausschuß für Verteidigung und Abrüstung übertragen wird. In diesem Ausschuß der Volkskammer sollte geklärt werden, ob die Behauptungen, die so schlimm sind, wie sie schlimmer gar nicht sein können, den Tatsachen entsprechen.

Darüber hinaus schlage ich vor, daß neben der Aufklärung dieser Tatsachen dann anschließend oder im gleichen Sinne eine Bestrafung der Verantwortlichen vorgenommen wird.

Als drittes schlage ich vor, daß, wenn der Fakt den Tatsachen entsprechen sollte, eine Wiedergutmachung ins Auge gefaßt wird, und zwar eine Wiedergutmachung aus den Mitteln, die dafür an die DDR „gezahlt“ wurden.

(Beifall bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich möchte mit Blick auf die Geschäftsordnung darauf hinweisen, daß eine Aktuelle Stunde der Diskussion dient, und es der Fraktion der CDU unbenommen bleibt, zu späterem Zeitpunkt entsprechend dem hier Vorgetragenen Anträge einzubringen. Jetzt wird aber über Anträge im Zusammenhang mit der Aktuellen Stunde nicht verhandelt - bloß, damit es da keine Mißverständnisse gibt.

Als nächster hat das Wort für die Fraktion der Liberalen der Abgeordnete Kney.